

Die Wirkung der preußischen Polenpolitik auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn nach dem Amtsantritt Aehrenthals im Jahre 1906¹

ALEŠ SKŘIVAN SR.

Österreich war eine der drei Großmächte, die an der Teilung Polens im 18. Jahrhundert teilnahmen. Verhältnismäßig lange Zeit dauerte „die Solidarität der drei Teilungsmächte“.² Aber mindestens seit dem Krimkrieg ist es zu einer deutlichen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Wien und Petersburg gekommen und in diesem Zusammenhang „erlangten die Polen in den Augen Wiens neue Bedeutung... Das war auch ein Grund dafür, dass man in Wien den polnischen nationalen Wünschen in Galizien soviel entgegenkommen zeigte: man wollte die dortigen polnischen Politiker wirklich an den österreichischen Staat binden. Dieses Ziel wurde auch erreicht, und bei der geplanten Abrechnung mit Rußland konnte die Wiener Regierung fast ausnahmslos auf die galizischen Polen rechnen“.³

Zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, nach dem Amts-Antritt von Alois Lexa Baron von Aehrenthal als Außenminister der Habsburgermonarchie im Oktober 1906,⁴ begann das polnische Problem die Beziehungen zwischen Berlin und Wien zu komplizieren und zu belasten. Der Grund bestand in der preußischen Politik im Hinblick auf die vorwiegend von Polen

1) Diese Studie ist das Ergebnis von Forschungen im Rahmen des Forschungsprojekts MSM 0021620827 *Die Tschechischen Länder inmitten Europas in der Vergangenheit und heute*, dessen Träger die Philosophische Fakultät der Karlsuniversität in Prag ist.

2) Henryk BATOWSKI, *Die Polen*. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. III, Die Völker des Reiches, 1. Teil, S. 522-554; S. 548.

3) Ebenda.

4) Näher zur Persönlichkeit Aehrenthals vgl. Aleš SKŘIVAN, Sr., *Aehrenthal - das Profil eines österreichischen Staatsmans und Diplomaten alter Schule*. In: Prague Papers on the History of International Relations 2007, S. 179-194.

bewohnten Provinzen Posen und Westpreußen.⁵ Der Preußische Staat unterstützte hier durch finanzielle Hilfen schon seit den 1880er Jahren den Landkauf und die Besiedlung dieser Gebiete durch deutsche Familien. Diese Tendenz, die auf eine Stärkung des deutschen Elements und auf eine Germanisierung hinauslief, rief naturgemäß den Widerstand der Polen hervor, was eine negative Reaktion im österreichischen Galizien bewirkte und die politische Situation in Cisleithanien ungünstig beeinflusste.

Die Lage verschärfte sich kurz nach dem Antritt Aehrenthals. Der österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin Graf Szögyény schrieb in seiner Meldung aus Berlin am 3. Dezember 1906, dass einige polnische Führungspersonlichkeiten unter strengster Geheimhaltung nach Lemberg und Krakau abgereist seien, wo sie vorhätten, die polnischen Mitglieder des österreichischen Abgeordneten- und Herrenhauses um eine Intervention in den Delegationen hinsichtlich der preußischen Polenpolitik zu bitten.⁶

Die polnischen Aktionen und Proteste verstärken sich noch, nachdem Kaiser Wilhelm II. in seiner Rede zur Eröffnung des preußischen Landtages im Januar 1907 eine aktivere Politik in dieser Richtung ankündigte. Am 27. Januar brachte das Wiener Neue Journal einen Artikel, in dem es schrieb, die preußische Regierung wolle dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen, der der Siedlungskommission das Recht geben sollte, deutsche Güter, die in polnische Hände gelangt seien, zu enteignen.⁷ Einige prominente österreichische Polen wiesen darauf hin, dass das Wiener Außenministerium im Interesse eines guten Verhältnisses zu Berlin nicht die Absicht habe, sich zu Preußens Politik in den Ostgebieten zu äußern. Aehrenthal hatte solches in der Tat nicht vor. Letztendlich schätzten sowohl er als auch seine Vorgänger das korrekte Verhalten der deutschen Regie-

rungsstellen, die die Aktivitäten alldentscher Elemente in Österreich unter Hinweis auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates ignorierten. Der österreichische Minister ging folgerichtig davon aus, dass Berlin im Zusammenhang mit der Siedlungspolitik in Posen und Westpreußen von Wien ein ähnliches Verhalten erwartete. Ab dem Sommer 1907 verschärfte sich in Deutschland die Agitation zur Durchsetzung des Enteignungsgesetzes.⁸ Die cisleithanische Regierung konnte das Problem im Hinblick auf die Bedeutung der polnischen Stimmen im Reichsrat jedoch nicht auf die leichte Schulter nehmen. Der österreichische Ministerpräsident Max Wladimir von Beck und Außenminister Aehrenthal nahmen im November 1907 Gespräche mit dem neuen Führer der polnischen Fraktion im Reichsrat, Glombiński, auf. Dieser sagte der Regierung seine Unterstützung bei den Haushalts- und Ausgleichsverhandlungen zu und versicherte, dass er alles tun werde, damit die Polen „keine Haltung einnehmen, welche sie in Widerspruch zur offiziellen auswärtigen Politik der Monarchie bringen würde“.⁹ Die Nachricht, Fürst Bülow, der gleichzeitig das Amt des Preußischen Ministerpräsidenten innehatte, gedenke das Enteignungsgesetz dem Landtag vorzulegen, trug nicht gerade zur Beruhigung der Lage in Wien bei.¹⁰ Es war offenkundig, dass Berlin in dieser Frage keine Rücksicht auf die innenpolitische Situation seines Nachbarn zu nehmen gedachte, was das Gespräch Szögyénys mit dem neuen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Schoen, im Grunde bestätigte.¹¹

Nur zwei Tage später, am 28. November, kam es im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrates zu scharfen Angriffen im Zusammenhang mit dem Entwurf des Enteignungsgesetzes im preußischen Landtag. Einige Abgeordnete bezeichneten die Vorlage als „mittelalterlichen Raubzug“ und grundsätzliche Bedrohung der Eigentumsverhältnisse. Der Vorsit-

5) Mehr zu dieser Problematik vgl. Brigitte BALZER, *Die preußische Polenpolitik 1894–1908 und die Haltung der deutschen konservativen und liberalen Parteien (unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Posen)*. Europäische Hochschulschriften, III/434, Frankfurt/M., Bern, New York, Paris 1991; Richard BLANKE, *Prussian Poland in the German Empire (1871–1900)*. East European Monographs, No. LXXXVI, New York 1981; Lech TRZECIAKOWSKI, *Pod pruskim zaborem 1850–1918*. Warszawa 1973.

6) Telegramm Szögyénys an das Außenministerium, Nr. 186, 3.12.1906. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (weiter nur HHStA), Politisches Archiv (weiter nur PA) III, Berichte 1906.

7) Zum Wirken der Siedlungskommission und der Enteignungspraxis vgl. Witold JAKÓBCZYK, *Pruska komisja osadnicza 1886–1919*. Poznań 1976; Michał PIRKO, *Niemiecka polityka wywłaszczeniowa na ziemiach polskich v l. 1907–1908*. Warszawa 1963.

8) Vertraulicher Bericht von Legationsrat Prinz Hohenlohe (er vertrat Botschafter Szögyény, der vom 20. August im Urlaub war) an Aehrenthal, Nr. 47 B, 28.8.1907. HHStA, PA III, Preussische Polenpolitik, Enteignungsfrage 1907.

9) Brief Glombińskis an Beck, 16.11.1907. HHStA, PA III, Kt. 180.

10) Telegramm Szögyénys an Aehrenthal, Nr. 195, 24.11.1907, streng vertraulich, HHStA, PA III, Kt. 180.

11) Schon am 7.10.1907 löste Wilhelm von Schoen, der bisherige deutsche Botschafter in St. Petersburg, von Tschirschky in seiner Funktion als Staatssekretär im Auswärtigen Amt ab. Dieser wurde deutscher Botschafter in Wien. Zu den Gesprächen Szögyénys mit Schoen vgl. privater Brief Szögyénys an Aehrenthal, 26.11.1907. HHStA, PA III, Kt. 180.

zende der polnischen Fraktion Glombiński wies auf den Aspekt der Widerrechtlichkeit der ganzen Angelegenheit hin, die zu einer Schwächung des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn führen könnte. Er forderte den Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses, Weiskirchner, auf, „die Ernsthaften Zweifel der Polen an die geeignete Stelle zu übermitteln“. Weiskirchner lehnte diesen Schritt jedoch ab und empfahl, sich mit der diesbezüglichen Interpellation an den cisleithanischen Ministerpräsidenten Beck zu wenden.¹²

Nach dieser Diskussion gab Aehrenthal seiner Beunruhigung über die Angriffe „gegen eine befreundete und verbündete Regierung“ Ausdruck und bat Ministerpräsident Beck, an den die Interpellation letztlich adressiert war, „sobald als möglich diese Ausfälle auf das energischste zurückzuweisen“.¹³ Gleichzeitig äußerte er Vorwürfe an die Adresse Bülow, dann er bat, hinsichtlich des Enteignungsgesetzesentwurfs die innenpolitische Lage Österreichs zu berücksichtigen. „Ich hatte erwartet“, schrieb er an Szögyény, „dass der Kanzler meine recht freundschaftliche und loyale Haltung bei der Verhinderung einer Kollektivdemonstration in Angelegenheit der mazedonischen Justizreform mit einem Gegendienst beantworten würde.“ Im Prinzip betrachtete er das Vorgehen des deutschen Kanzlers als illoyal und instruierte den Botschafter in Berlin, „seine Bedenken der zugehörigen Stelle zu übermitteln“, ohne ihn allerdings mit der Entschuldigung oder Erklärung bezüglich der Ausfälle im Reichsrat zu beauftragen.¹⁴

Ganz folgerichtig „habe sich (die deutsche Regierung) aber nie in Streitigkeiten fremder Untertanen eingemischt, dass sie den Grundsatz vertrete, dass jede Großmacht ihre inneren Angelegenheiten ohne Einmischung von außen selbst besorgen müsse“.¹⁵ Die Diplomaten konnten die Angelegenheit aber nicht vollkommen außer Acht lassen. Aehrenthal sprach hierüber mit dem neuen deutschen Botschafter in Wien Tschirschky. Auch Staatssekretär Schoen äußerte in der Besprechung mit Szögyény die Hoffnung, „dass die k. u. k. Regierung den richtigen Weg treffen würde, um diesen Zwischenfall aus der Welt zu schaffen“.¹⁶ Die deutsche Presse, die die Diskussion der Abge-

ordneten im Reichsrat kritisierte und sie als Einmischung in die inneren Angelegenheiten ebenso eindeutig ablehnte wie das Vorgehen Weiskirchners, reagierte in diesem Zusammenhang sehr scharf.¹⁷

Am Montag, dem 2. Dezember antwortete der österreichische Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus auf die Interpellationen. „Es ist ein im Völkerrecht vollkommen anerkannter und eingelebter Brauch, daß man sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen darf“, konstatierte Beck und fügte hinzu: „Wir, die sorgfältig darüber wachen, daß niemand in unsere Angelegenheiten mende, müssen den selben Anspruch auch bei anderen achten“. Am Ende seiner Rede wies er dann eindeutig alle Ausfälle gegen den Verbündeten zurück.¹⁸ Diese Erklärung trug zwar zur Beruhigung der deutschen Presse bei, welche die Angelegenheit der Interpellation im Reichsrat als erledigt darzustellen begann,¹⁹ die Erbitterung auf der polnischen Seite dauerte dagegen an. In Krakau und Lemberg fanden Protestkundgebungen statt, bei denen die Polizei eingreifen musste, und die cisleithanische Regierung konnte sich der Stimmen der polnischen Abgeordneten bei der Haushaltsabstimmung nicht sicher sein. Aehrenthal war über Bülow's Verhalten sichtlich verstimmt. Er beklagte sich über „die geringe Rücksichtnahme des Fürsten Bülow“, fühlte sich „recht peinlich berührt“ und schickte im Zusammenhang mit Bülow's ursprünglich geplanter Wienreise, der deutsche Staatsmann sollte noch vor Weihnachten nach Wien kommen, die Weisung an Szögyény, den Reichskanzler zu ersuchen, „natürlich ohne auf die letzten Zwischenfälle Bezug zu nehmen... für seinen Besuch im Laufe des nächsten Jahres einen späteren Zeitpunkt zu wählen“.²⁰ Als Begründung gab er die Erwartung terminlicher Schwierigkeiten während der laufenden Sitzungsperiode der Delegationen an. Obwohl Aehrenthal Bülow „vorher ersucht (hatte), ihm mit Rücksicht auf den Zusammentritt der Delegationen keine Ungelegenheiten in dieser Richtung zu bereiten“,²¹ nahm der Kanzler nur minimale Rücksicht auf die komplizierte Position des österreichischen Außenministers. Als dann im Zusammenhang mit der Vorlage des preußischen Enteignungsgesetzes im russischen Polen ein Boykott deutscher Waren

12) Näheres vgl. Silke I. FISCHER, *Die Beziehungen Österreich-Ungarns zu Deutschland in den ersten Jahren der Ministerschaft Aehrenthals (1906-1908)*. Diss., Wien 1959, S. 69ff.

13) Aehrenthal an Beck, Nr. 1718, 29.11.1907. HHStA, PA III, Kt. 180.

14) Telegramm Aehrenthals an Szögyény, Nr. 118, 29.11.1907. HHStA, PA III, Kt. 180.

15) FISCHER, S.71.

16) Telegramm Szögyénys an Aehrenthal, Nr. 206, 3.12.1907. HHStA, PA III, Kt. 180.

17) Telegramm Szögyénys an Aehrenthal, Nr. 201, 30.11.1907. HHStA, PA III, Kt. 180.

18) Beck's Antwort auf die Interpellation, Nr. 4379, HHStA, PA III, Kt. 180.

19) Telegramm Szögyénys an Aehrenthal, Nr. 212, 6.12.1907. HHStA, PA III, Kt. 180.

20) Streng vertraulicher Brief Aehrenthals an Szögyény, 6.12.1907. HHStA, PA III, Kt. 180.

21) Franz CONRAD VON HÖTZENDORF, *Aus meiner Dienstzeit 1906-1918, Bd. 1, Die Zeit der Annexionskrise 1906-1909*. Wien, Berlin, Leipzig, München 1921, S. 529.

begann, musste Aehrenthal sich noch dazu mit Vorstellungen auseinandersetzen, die Habsburgermonarchie solle die Schwierigkeiten der Deutschen zu ihrem Vorteil ausnutzen. „*Es wäre Schade, diese selten günstige Gelegenheit ungenützt vorübergehen zu lassen*“, schrieb der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Warschau, Ugron, und äußerte die Überzeugung: „*Gelingt es uns, in einzelnen Industriezweigen jetzt festen Fuß zu fassen, so werden sich dieselben eventuell auch später hier erfolgreich behaupten und die Konkurrenz mit den deutschen Waren aufnehmen können*“.²² Solche Impulse musste Aehrenthal natürlich ablehnen, da er sich der Komplikationen, die die vorgeschlagenen Maßnahmen verursachen könnten, bewusst war.

Kurz nach Eröffnung der Sitzung der Delegationen musste Aehrenthal am 19. Dezember 1907 erneut die Einsprüche der polnischen und tschechischen Abgeordneten als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zurückweisen. Im Brief an Berchtold vom 4. Januar 1908 erwähnte Aehrenthal seine Probleme in der Delegation wegen der preußischen Enteignungsgesetzesvorlage. Gleichzeitig äußerte er die Meinung, dass das preußische Vorgehen gegenüber den Polen von Rußland nicht negativ aufgenommen würde. Der Außenminister schrieb: „*In der Delegation dürfte ich wegen des Enteignungsgesetzes einige Schwierigkeiten zu haben. Deinen & Ugrons Berichten entnehme ich, dass in Petersburg ein für die polnischen Aspirationen frostiger Wind weht, dort dürfte man die schlechte Behandlung der Polen durch Preußen nur mit Befriedigung begrüßen*“.²³

In Berlin wies Botschaftzer Szögyény Kanzler Bülow unermüdlich auf die schwierige Lage hin, in welche die Behandlung der Vorlage zum Enteignungsgesetz im preußischen Landtag die cisleithanische Regierung brachte. Zur Glättung des Wogenschlags empfahl der Kanzler nachdrücklicher auf den Umstand zu verweisen, dass es nach dem betreffenden Gesetz nur in vereinzelt Extremfällen zu Enteignungen kommen könne. Von seiner Seite ging es aber eher um einen Versuch, die mögliche spätere Entwicklung in dieser Sache zu verdunkeln. „*Diese Behauptung des Fürsten Bülow (steht) mit der Tatsache der ganz bedeutenden Erhöhung des Fonds zu Enteignungszwecken in Widerspruch*“,²⁴ konstatierte der österreichisch-ungarische Botschafter trocken. Szögyény entwickelte große Anstrengungen, um

Bülow dazu bewegen, die Erörterung der Vorlage so zu legen, dass sie nicht am 27. Januar stattfände, wenn Aehrenthal sein Exposé vor dem Außenpolitischen Ausschuß der ungarischen Delegation halten würde, was die polnischen Abgeordneten der Delegation des Reichsrats als ungebührliche Provokation auffassen würden.²⁵ Bülow versprach, dieser Bitte zu entsprechen, machte jedoch gleichzeitig den österreichischen Diplomaten darauf aufmerksam, dass es kaum möglich sein werde, die endgültige Beratung der Vorlage bis über das Ende der Sitzungsperiode der Delegationen hinauszuschieben. Aehrenthal wies Szögyény an, den Kanzler „*auf den Ernst der Situation aufmerksam machen*“²⁶ und bat in einem Brief vom 15. Januar 1908²⁷ den österreichischen Ministerpräsidenten Beck, den Versuch zu machen, eine Beendigung der Sitzungsperiode der Delegationen bis Mitte Februar durchzusetzen. Dies hätte ihm Spielraum für Verhandlungen mit Berlin über eine eventuelle Verschiebung der beratenen Gesetzvorlage gegeben. Das Abgeordnetenhaus des Preußischen Landtags verabschiedete das Enteignungsgesetz am 18. Januar 1908 in dritter Lesung und gab es zu weiterer Verhandlung an das Herrenhaus weiter, wo die entsprechenden Beratungen am 30. Januar, nur einen Tag vor Aehrenthals Rede vor dem Auswärtigen Ausschuß der österreichischen Delegation, begannen. Bülows Versprechen, keine „*Terminkollision*“ zuzulassen, erwies sich als hinfällig, und der österreichische Außenminister musste sich abermals mit Vorwürfen gegen die preußische Politik in den Polnischen Gebieten auseinandersetzen. Am 27. Februar wurde das Gesetz auch vom Preußischen Herrenhaus verabschiedet.

Kanzler Bülow dankte Aehrenthal in einem persönlichen Brief²⁸ für dessen entschiedenen Widerstand gegen die Einmischungsversuche in innerdeutsche Angelegenheiten. Der Antwortbrief des Ministers vom 11. März 1908 nach Berlin war inhaltlich jedoch bei weitem nicht so eindeutig. Zwar bekannte er sich erneut zum Prinzip der „*Nichteinmischung*“, verzichtete aber auf der anderen Seite nicht auf die Bemerkung, dass „*diese Vorlage bei allen Völkern der Monarchie, die Deutschen eingeschlossen, ei-*

22) Bericht Ugrons an Aehrenthal, Nr. 31, 12.12.1907. HHStA, PA III, Kt. 180.

23) Aehrenthal an Berchtold, 4. 1. 1908, Moravský zemský archiv (Mährisches Landesarchiv Brünn), Fond G 138, Familienarchiv Berchtold, Kt. 133, Inventareinheit 462/1.

24) Brief Szögyénys an Aehrenthal, 24.12.1907. HHStA, PA III, Kt. 180.

25) Vgl. Telegramm Aehrenthals an Szögyény, Nr. 8, 11.1.1908. HHStA, PA III, Kt. 181 - Preußische Polenpolitik. Enteignungsfrage 1919-1914. 1917-1918

26) Telegramm Aehrenthals an Szögyény, Nr. 15, 15. 1. 1908, streng vertraulich. HHStA, PA III, Kt. 181.

27) Ebenda.

28) Bülow an Aehrenthal, 17.2.1908. HHStA, PA I (Allgemeines, rot), Geheime Akten, Liasse XXXLIII, Kt. 484.

nen ungünstigen Eindruck hinterlassen habe“ und versuchte seinem deutschen Partner zu erklären, dass für die cisleithanische Regierung nicht bloß die Meinungen der österreichischen Deutschen und gegebenenfalls der Magyaren maßgeblich seien, sondern sie auch die Standpunkte der Polen und Tschechen in Betracht ziehen müsse.²⁹ Selbstverständlich konnte Aehrenthal nicht ernsthaft erwarten, dass der deutsche Kanzler zur Bewahrung der Bündnisstabilität in den polnischen Gebieten eine Veränderung seiner Politik vornehmen würde. Auf der anderen Seite stimmt es, dass Bülow unter den gegebenen Umständen nur sehr wenig Verständnis für die Probleme des Vielvölkerstaates gezeigt hatte und es in nicht gelungen war, den Gang der Dinge so zu arrangieren, dass sie wenigstens Aehrenthals weitgehend taktischen Forderungen entgegenkamen. Die ganze Angelegenheit hat das Verhältnis zwischen Wien und Berlin, wenn es sich dabei auch um keine „hohe Politik“ auf dem internationalen Parkett gehandelt hat, nicht im positiven Sinne beeinflusst.

Was die weitere Wirkung der polnischen Frage auf die Beziehungen zwischen Wien und Berlin vor dem Ersten Weltkrieg anbelangt, ist es notwendig der Ansicht zuzustimmen, dass „Österreich-Ungarn hatte ... in der Außenpolitik, insbesondere in der polnischen Frage, keine große Bewegungsfreiheit. Es konnte sich nicht ständig von seinen beiden früheren Partnern aus der Zeit der Teilungen Polens distanzieren“.³⁰ Weil Österreich-Ungarn die Unterstützung Deutschlands auf der internationalen Bühne ständig brauchte, musste sich Wien in dieser Hinsicht sehr vorsichtig verhalten.

Die österreichisch-ungarische Diplomatie und die Präsidentschaftswahlen in den USA im Jahre 1916

VÁCLAV HORČIČKA

Das Jahr 1916 brachte sowohl auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges als auch außerhalb zahlreiche bedeutende Ereignisse. Während an der Somme, bei Verdun und an der Ostfront Hunderttausende, ja sogar Millionen Soldaten verbluteten, erlebten die USA einen sehr ungewöhnlichen Wahlkampf vor den Präsidentschaftswahlen. Eine wesentlich größere Aufmerksamkeit als üblich kam nämlich der Außenpolitik des Landes zu, das zwar 1914 offiziell seine Neutralität erklärt hatte, in Wirklichkeit jedoch aus verschiedenen Gründen tiefer und tiefer in den Krieg hineingezogen wurde.

Der überwiegende Teil der dortigen Eliten sympathisierte mit der Entente, und die amerikanische Industrie trug in steigendem Maße zu deren Kampfanstrengungen bei. Außenminister Robert Lansing notierte bereits im Sommer 1916 in seinem Tagebuch, weil Deutschland die Demokratie bedrohe, „tritt dieses Land (die USA – Anm. V.H.) dann in den Krieg ein, wenn offensichtlich wird, dass Deutschland einem Sieg näher kommt“. Die Lieferungen von Kriegsmaterial an die Entente während der ersten beiden Kriegsjahre stiegen trotz gewisser Beschränkungen schnell an.² Wie Priscilla Roberts anführt, stammten Ende 1916 etwa 60% des britischen

29) Ebenda.

30) BATOWSKI, S. 548.

1) Diese Studie ist ein Ergebnis von Forschungen im Rahmen des Forschungsprojekts MSM 0021620827 *Die Tschechischen Länder inmitten Europas in der Vergangenheit und heute*, dessen Träger die Philosophische Fakultät der Karlsuniversität ist.

2) Die einzelnen Neutralitätserklärungen verboten beispielsweise die Lieferung von Schiffen und Flugzeugen zum Zwecke des Kampfeinsatzes an die Krieg führenden Länder. Ein Exemplar der Kriegserklärung zwischen Italien und Österreich-Ungarn beigelegt zu Dumba an Burián, 4. 6. 1915, No. 2066/I, Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien (weiterhin nur HHStA), Administrative Registratur (weiterhin nur AR), Fach 36, Karton 364 (weiterhin nur Kt. F336/364).